

Vordenken. Unser Land in 20 Jahren

Beschluss des Deutschlandtages in Cottbus
am 18. Oktober 2003

Die Bewältigung der Folgen der demographischen Entwicklung ist die größte Herausforderung für die Zukunft unseres Landes. Diese Entwicklung ist bereits seit langem bekannt und wurde dennoch lange ignoriert. Selbst heute ist der Wille zu wirklichen Reformen in vielen Bereichen nicht ausreichend ausgeprägt – obwohl im Blick auf die Zukunft der Verlauf der weiteren Veränderungen bereits deutlich erkennbar ist. So ist beispielsweise die Generation, die in zwanzig Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten wird, schon jetzt geboren. Daher wird uns auch eine zügige Umsetzung familienpolitischer Reformen in den kommenden Jahrzehnten nicht vor den Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung bewahren können.

Die Lebenserwartung steigt von Jahr zu Jahr, während zugleich die Geburtenrate auf viel zu niedrigem Niveau stagniert. Es wird immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen in unserem Land geben. Hierdurch verschiebt sich zunächst die Altersstruktur dramatisch und mit einer Verzögerung wird die deutsche Bevölkerung deutlich schrumpfen. So nimmt, nach der „mittleren Variante“ der Modellrechnungen des Bundesinnenministeriums, die Zahl der unter 20-Jährigen von 17,6 Millionen im Jahre 1999 auf 11,2 Millionen im Jahr 2050 ab, wohingegen sich das Verhältnis der über 65-Jährigen zu der aktiven Bevölkerung der 20- bis 65-Jährigen, der so genannte Altenquotient, im selben Zeitraum von 25,4 Prozent auf 53,4 Prozent verändert. Durch den Wegfall der geburtenstarken Jahrgänge und den weiteren Geburtenrückgang infolge eines schwachen Mittelbaus der Bevölkerungspyramide wird laut diesem Modell die Gesamtbevölkerung von 82 Millionen in 1999 auf 70,3 Millionen in 2050 zurückgehen, während im gleichen Zeitraum mit einem Anstieg des Ausländeranteils von 8,9 auf 17,1 Prozent zu rechnen ist. Die Schrumpfung der Bevölkerung wird immer stärkere Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und damit indirekt auf fast alle Bereiche des Lebens haben. Die sich hieraus ergebenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, für die Gesellschaft, für die Familien und nicht zuletzt jeden Einzelnen, sind gravierend.

Die Antworten auf diese Herausforderungen müssen heute entwickelt werden, und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Es wäre verantwortungslos von der Politik, trotz klar erkennbarer Probleme in der Zukunft nicht schon in der Gegenwart zu handeln. Es ist kurz vor zwölf und die Verantwortlichen der Politik in diesem Land verschließen immer noch die Augen vor der Realität und verpassen damit den letzten Zeitpunkt, noch rechtzeitig die notwendigen Weichen zu stellen.

Deutschlands Zukunft sichern

Die Grundfrage der beschriebenen demographischen Veränderungen und dem damit verbundenen Bevölkerungsrückgang ist: Sterben wir Deutschen aus? Schon bei unveränderten Zuwanderungszahlen wird der Ausländeranteil durch den Rückgang

der deutschen Bevölkerung deutlich zunehmen. Droht Deutschland der Identitätsverlust durch Immigration? Welche Bedeutung hat die demographische Entwicklung langfristig für die Kultur und die Wertvorstellungen in unserem Land?

Diese Problematik müssen wir uns bei der Diskussion über die demographische Entwicklung stets vor Augen führen. Die Frage der Bevölkerungsentwicklung alleine auf Finanzierungsmodelle der Sozialversicherungssysteme zu beschränken, würde zu kurz greifen, auch wenn sich dort der Handlungsbedarf als am dringendsten erweist. Erforderlich ist eine verantwortungsvoll geführte Diskussion, die auch schwierigere Fragen, wie die nach der Zukunft des deutschen Volkes, unserer kulturellen Identität und unserem Wertekonsens nicht von vornherein ausblendet.

Die Veränderung der Altersstruktur wirft nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft Probleme auf. Fast alle Industriestaaten der Welt, insbesondere auch unsere europäischen Nachbarstaaten, haben vergleichbare Probleme. Andere, stark wachsende Nationen sind ehrgeizig; sie wollen Wachstum und steigenden persönlichen Wohlstand, wodurch enorme volkswirtschaftliche Kräfte freigesetzt werden. Aus deutscher Sicht ist eine Verdrängung auf den internationalen Märkten durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu befürchten. Es geht bei uns zu sehr um die Erhaltung von Standards. Strukturelle Nachteile gegenüber anderen Volkswirtschaften sind die Folge. Daher ist in unserem Land dringend ein Mentalitätswandel erforderlich: Nicht Freizeit hat höchste Priorität, sondern Leistung und Engagement. Andernfalls drohen massive Wohlstandsverluste.

Stärkung von Kindern und Familien

Kinder sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes und mehr denn je sind wir auf Nachwuchs angewiesen. Nimmt die Bereitschaft, sich für Kinder und deren Erziehung in intensiver Fürsorge zu entscheiden, in Zukunft nicht wieder deutlich zu, so wird unsere Gesellschaft sehr bald nicht mehr in der Lage sein, die Probleme zu lösen, die sich aus dem Alterungsprozess ergeben. Zweifelsfrei erforderliche wirtschafts- und sozialpolitische Reformen können die Probleme der Alterung und der Schrumpfung der Bevölkerung kurz- und mittelfristig noch teilweise auffangen und den Kollaps hinausschieben, langfristig lösen werden sie diese jedoch nicht. Nur wenn wieder mehr Kinder in Deutschland geboren werden, lassen sich die Probleme der Zukunft lösen.

Denn die dann geborenen Kinder werden bald die beruflich aktive Generation bilden, die mit ihrer ökonomischen Leistung auch den Lebensabend des stark wachsenden Anteils der Alten an der Bevölkerung wirtschaftlich sicherstellen soll. Ohne einen tragfähigen Unterbau an humanem und geistigem Vermögen wird nicht nur die

Hoffnung auf Wohlstandssteigerungen, sondern selbst die Wohlstandsbewahrung durch ein effizientes Wirtschaftssystem zu einer Illusion.

Kinder müssen von der Gesellschaft als wertvoll anerkannt werden. Es fehlt bisher völlig an einer adäquaten gesellschaftlichen und politischen Anerkennung der familiären Leistung, Kinder großzuziehen und sie auf ihren Lebensweg vorzubereiten. Wir brauchen für die Zukunft ein neues Bewusstsein, Kinder aufzuziehen und die damit verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Dazu bedarf es eines klaren Bekenntnisses der Politik zu diesem gesellschaftlichen Leitbild und der Verantwortung der jungen Generation für die Zukunft unserer Gesellschaft. Jeder Euro, der zugunsten von Familien und Kindern investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Die Entscheidung für Kinder darf deshalb niemals zum Armutsrisiko werden.

Um Paaren die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern, müssen zum einen bessere Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, um Familie und Beruf vereinbar zu machen. Zum anderen muss der Staat den finanziellen Rahmen so setzen, dass das Großziehen eines Kindes angemessen von der Gesellschaft honoriert wird, nicht nur materiell, sondern auch ideell. Zur Finanzierung dieser Unterstützungsleistungen ist bevorzugt auf Kinderlose zurückzugreifen, die so einen angemessenen Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten. Der Wiedereinstieg für Eltern, die wegen der Kindererziehung aus dem aktiven Berufsleben aussteigen, muss durch entsprechende Anreize für die Betroffenen, aber auch für die Arbeitgeber, attraktiv gestaltet werden.

Derzeit wird in Deutschland ein Kindergartenplatz mindestens vier Stunden am Tag garantiert. Dies ist bereits für Eltern, die nur halbtags berufstätig sind, nicht ausreichend. Deshalb soll das Betreuungsangebot bedarfsgerecht ausgebaut und eine stärkere Förderung der Übermittags- bzw. Ganztagsbetreuung initiiert werden. Die Kinder sollen im Kindergarten die Möglichkeit zum Mittagessen und Mittagsschlaf erhalten. Für die notwendigen Investitionen und Folgekosten erhalten die Kommunen einen finanziellen Ausgleich.

Neben den herkömmlichen Kindergärten können auch private Initiativen einen Beitrag zur verbesserten Vereinbarkeit von Kindern und Berufstätigkeit leisten. Derartige Einrichtungen und Schulen mit freiwilligen Ganztagsangeboten sollen daher ebenfalls unterstützt werden. Die Junge Union spricht sich dafür aus, das Angebot an Plätzen bei Tagesmüttern verstärkt zu unterstützen.

Darüber hinaus sind auch Konzepte für einen kinderfreundlichen Arbeitsplatz erforderlich. Im Mittelpunkt steht nicht das arbeitsplatzfreundliche Kind, sondern der familienfreundliche Arbeitsplatz. Unternehmen können vor allem durch

entsprechende Arbeitszeitmodelle und eine generell flexibilisierte Arbeitszeitpolitik bei Arbeitnehmern mit kleinen Kindern, durch Betriebskindergärten, Unterstützung von Betreuungsgruppen und unternehmensübergreifenden Angeboten einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung solcher Arbeitsplätze leisten. Ziel muss es sein, nach Möglichkeit die räumliche Nähe zwischen dem Kindergartenplatz und der Arbeitsstätte herzustellen.

Die Junge Union Deutschlands hält an der Forderung nach einem Familiengeld fest. Es soll die bisherigen Leistungen von Bundes- und Landeserziehungsgeld, Kindergeld und Steuerfreibeträgen umfassen. Das Familiengeld wird unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern gewährt ohne allerdings eine bloße Umschichtung der bisherigen Leistungen darzustellen. Ziel muss es sein, die Unterstützung für Familien unter dem Strich deutlich zu erhöhen. Es stellt einen Pauschalbetrag dar, der deutlich über der Höhe des heutigen Kindergeldes liegt. Das Familiengeld soll die Eltern in die Lage versetzen, auszuwählen, ob ein Elternteil zu Hause bleibt oder ob mit Hilfe des Familiengeldes ein kindgerechtes Betreuungsangebot finanziert werden soll. Da der Betreuungsbedarf und damit auch der finanzielle Aufwand in den ersten Lebensjahren eines Kindes besonders hoch ist, soll das Familiengeld in der Art abgestuft werden, dass es in den ersten Lebensjahren höher ausfällt und mit zunehmendem Lebensalter reduziert wird.

Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Eine realistische Betrachtung der Zuwanderungsberechnungen zeigt, dass Zuwanderung die demographischen Probleme nicht lösen kann. Selbst Nettowanderungsüberschüsse von ca. 260.000 Personen pro Jahr werden den Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter nicht kompensieren können. Die immens hohe Zuwanderung, die jährlich erforderlich wäre, um den demographisch bedingten Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter auszugleichen, macht dies eindrucksvoll deutlich. Angesichts der sich bereits heute stellenden Integrationsprobleme wären höhere Zuwanderungszahlen unverantwortlich. Für die Zukunft stellt sich darüber hinaus die Frage, inwiefern die Integrationskraft einer schrumpfenden Bevölkerung zurückgeht.

Dennoch lassen sich über eine zielgerichtete und nutzenorientierte Zuwanderungspolitik in begrenztem Rahmen wirtschaftliche und soziale Ziele erreichen. Hierzu muss Zuwanderung jedoch wesentlich stärker bedarfsorientiert gesteuert werden. Notwendig ist eine vernünftige, die Interessen unseres Landes und seiner Bürger berücksichtigende Zuwanderungspolitik. Kriterien für eine zulässige Einwanderung sollen die berufliche Qualifikation, ein zugesagter fester Arbeitsplatz in Deutschland oder das Tätigen einer größeren Investition in Deutschland sein. Nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika soll es

darüber hinaus auch die Möglichkeit einer Einwanderung auf Grund von künstlerischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten oder Talent im Leistungssport geben.

Mit einem umfassenden Zuwanderungskonzept allein ist es nicht getan. Erfolgreiche Integration, die dem Prinzip „Fördern und Fordern“ folgt, ist unverzichtbarer Bestandteil eines auch an den nationalen Interessen orientierten Zuwanderungsprozesses. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland. Integration erfordert deshalb, sich neben dem Erlernen der deutschen Sprache für unsere Staats- und Verfassungsordnung zu entscheiden. Grundlage des Zusammenlebens in Deutschland ist nicht multikulturelle Beliebigkeit in Parallelgesellschaften, sondern die Werteordnung der christlich-abendländischen Kultur, die von Christentum, Judentum, antiker Philosophie, Humanismus, römisches Recht und der Aufklärung geprägt wurde. Das heißt nicht Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Prägung, aber Bejahung und Einordnung in den in Deutschland geltenden Werte- und Ordnungsrahmen. Die Junge Union fordert daher die Einführung eines Gesetzes um die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen.

Für die Einbürgerung und die damit verbundene deutschen Staatsangehörigkeit ist es notwendig, Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit wie Sprach-, Geschichts- und Landeskunde stärker zu beachten.

Generationenverhältnis

Ein gutes Verhältnis der Generationen untereinander ist Grundvoraussetzung für ein positives gesellschaftliches Klima. Wir brauchen ein partnerschaftliches Miteinander. Die Diskussion der Fragen zur demographischen Entwicklung seitens unserer Generation ist kein Angriff auf die ältere Generation. Es geht lediglich darum, die berechtigten Interessen der Jüngeren zu vertreten. Da die Jungen nicht mehr auf den Schultern der Älteren, sondern die Älteren auf den Schultern der Jungen stehen werden, müssen auch die älteren Bürger ein Interesse haben, dass die Jüngeren die Belastungen durch die demographische Entwicklung tragen können.

Wir warnen daher vor einer unnötigen Polarisierung. Sie würde das Verhältnis zwischen den Generationen belasten und die Suche nach Lösungswegen erschweren. Vielmehr müssen sich die Generationen die anfallenden Aufgaben und Belastungen, ihren Möglichkeiten entsprechend, aufteilen. Gelingt dies nicht, droht ein Generationenkonflikt.

Politische Entscheidungsprozesse

Im Zuge des demographischen Wandels bilden die Älteren in der Gesellschaft ein immer größeres Machtpotenzial. Die Interessen der nachfolgenden Generationen werden hingegen häufig nicht ausreichend berücksichtigt, wie etwa bei der Staatsverschuldung, der Bildung sowie dem Rentensystem. Den Interessen der jüngeren Wählergeneration, die von den heutigen Parlaments- und Regierungsentscheidungen und ihren langfristigen Folgen am meisten betroffen sind, wird zwangsläufig weniger Rechnung getragen.

Bund, Länder und Gemeinden schieben einen Schuldenstand von 1,23 Billionen Euro vor sich her. Im bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen haben in den letzten 8 Jahren 30 Milliarden Euro neuer Schulden nicht dazu ausgereicht auch nur die Zinszahlungen in Höhe von 32 Milliarden zu bedienen. Die Substanz der Republik ist gefährdet. Zur Erhöhung des Bewusstseins für Generationengerechtigkeit und die Folgen von Entscheidungen für zukünftige Generationen in den Gesetzgebungsverfahren, fordern wir die Einführung einer Generationenbilanz. Ein solches Rechenwerk zeigt die mittel- und langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen auf. Die Generationenbilanz soll zu einem wesentlichen Bestandteil der Politik in Deutschland werden. Jede Ausgabe, die eine Erhöhung der Staatsverschuldung impliziert, muss überprüft, begründet und dargelegt werden. Dadurch werden die langfristigen Folgen gegenwärtiger Entscheidungen in das Zentrum des Bewusstseins gerückt. Die Generationenbilanz ist jedoch nur ein Instrument, das vorgegebene Ziele überprüfen kann, oder anhand dessen Ziele definiert werden können. Die Erstellung von Generationenbilanzen allein macht die Politik nicht besser, sondern lediglich transparenter. Politiker werden dadurch jedoch gezwungen, langfristig zu denken.

Eine wichtige Frage für die Generationengerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang auch die Stärkung des ökologischen Bewusstseins. Aus diesem Grund muss bei politischen Entscheidungen auch die Frage nach der ökologischen Verträglichkeit als Querschnittsaufgabe angesehen werden. Alle politischen Entscheidungen sind somit auch auf die langfristige und nachhaltige ökologische Verträglichkeit zu überprüfen.

Wirtschaft

Auch wenn die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf Investitionen, Nachfrage und Wirtschaftswachstum bisher nur unzureichend erforscht sind, ist absehbar, dass mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren vor allem ein Schrumpfen des Erwerbspersonenpotentials einhergeht. Darüber hinaus wird sich der Konsumentenschwund als Investitions-, Innovations- und Wachstumsbremse erweisen.

Stark steigende Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung in Folge des Anstiegs des Anteils älterer Menschen erschweren bei unveränderten institutionellen Rahmenbedingungen zudem die Ersparnisbildung, die zum größten Teil in der zweiten Hälfte der beruflich aktiven Lebenszeit erfolgt. Mit einem Anstieg der durchschnittlichen Konsumneigung ist dabei nicht zu rechnen, da diese in der Phase nach der Haushalts- und Familiengründung am höchsten ist. Die allgemeine Konsumneigung könnte auch sinken, wenn das Vertrauen der Erwerbstätigen in die staatlichen Vorsorgesysteme schwindet.

Die volkswirtschaftliche Konsumquote ist eine Schlüsselgröße der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn in Zukunft mit strukturellen Einbrüchen beim privaten Konsum gerechnet wird, besteht die Gefahr, dass Ersatz- und Neuinvestitionen ausbleiben. Dies hätte einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum sowie den Produktivitätsfortschritt, da mit den Neuinvestitionen in der Regel modernste Technologie in den Produktionsprozess eingeschleust wird.

Um in Zukunft den finanziellen Spielraum für Konsum und Ersparnisbildung zu erhalten, muss der Anstieg des Volumens der sozialen Transferleistungen begrenzt und diese zum Teil in Ersparnisbildung umgelenkt werden. Die Verringerung der Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung durch die Nutzung der Rendite des Kapitalmarktes und die Ausweitung des Kapitalstocks werden zu Wachstumseffekten führen, die die Bewältigung der Belastungen durch die Alterung der Bevölkerung erleichtern werden.

Einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von finanziellem Spielraum zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge für breite Bevölkerungsschichten, muss eine grundlegende Steuerreform leisten. Die Junge Union fordert ein drastisch vereinfachtes Einkommenssteuersystem durch Wegfall aller Ausnahmetatbestände. Die so geschaffene breite Bemessungsgrundlage ist die Basis für eine deutliche Absenkung des Steuertarifes und eine Entschärfung der Progressionswirkung. Auf diese Weise lässt sich sowohl Steuergerechtigkeit wieder herstellen, als auch die Leistungsfeindlichkeit des bestehenden Systems beheben. Folgen werden eine dauerhafte Belebung der wirtschaftlichen Dynamik und die Verbreiterung der Möglichkeit privater Vermögensbildung sein, zwei unverzichtbare Bestandteile einer Strategie zur Bewältigung der demographischen Herausforderung.

Eine stärkere globale Verflechtung der deutschen und europäischen Wirtschaft ist geeignet, die negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des demographischen Wandels zu dämpfen oder zu kompensieren, da nicht alle Teile der Weltwirtschaft zeitgleich demselben demographischen Wandel unterliegen. Dies gilt für eine allgemeine Nachfrageschwäche ebenso, wie für Unsicherheiten bei der Entwicklung

der Kapitalmärkte. Dieser Gewinn aus der Globalisierung kann aber nur realisiert werden, wenn die deutsche Wirtschaft durch eine steigende Produktivität wettbewerbsfähig bleibt und die globalen Finanzmärkte effizient organisiert werden. Gleichzeitig werden vermehrte Importe unerlässlich, um das Wohlstandsniveau halten zu können. Dies kann nur durch eine globale offene Handelspolitik, geprägt durch das Prinzip des Freihandels, gewährleistet werden. Dabei kann vermehrtes Kapital infolge höherer Ersparnisbildung auch mehr Beteiligung an Produktionsstätten im Ausland ermöglichen.

Arbeitsmarkt

Die Schrumpfung und Alterung der Gesamtbevölkerung hat nicht nur weitreichende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern darüber hinaus auch massive Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotenzial in der deutschen Wirtschaft. Das Erwerbstätigenpotential wird aller Voraussicht nach zeitweilig sogar stärker abnehmen als die Gesamtbevölkerungszahl, so dass es mittelfristig zu einem Arbeitskräftemangel kommen wird. Das Arbeitsangebot wird sich bereits im Jahr 2050 nur noch auf 27,3 Mio. Menschen belaufen. Angesichts dieses Arbeitskräfte rückgangs wird das Erwerbstätigenpotential auf mittlere Sicht voll ausgeschöpft werden müssen.

Bis dahin wird sich jedoch der Trend zur so genannten „lost generation“ weiter verstärken: Es ist zu befürchten, dass mehrere hunderttausend Schulabgänger in diesem Jahrzehnt ohne Ausbildungsplatz bleiben werden. Schon in diesem Herbst werden von der Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr 15 Prozent weniger Lehrstellen angeboten, während die Nachfrage nach Lehrstellen um 2 Prozent steigen wird. Das bedeutet, dass zwischen 50.000 und 100.000 Jugendliche keine Lehrstellen finden werden. Besonders dramatisch ist die Perspektive für die neuen Bundesländer, in denen eine Million Jugendliche in Schule und Ausbildung von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden. Um dieser Situation abzuweichen, fordert die Junge Union, die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen zu verbessern. Hierzu zählt vor allem eine Reduzierung der von den Unternehmen zu zahlenden Prüfungsgebühren sowie eine deutliche Entlastung vor allem kleinerer Unternehmen von den Bürokratielasten eines Ausbildungsplatzes. Denn es ist oft der bürokratische Aufwand, der kleine Betriebe davon abhält, Ausbildungsplätze anzubieten. Zudem sollen die Arbeitsämter gezielter als bisher Jugendliche bei der Auswahl eines Ausbildungsplatzes beraten und beim Übergang von der Schule zum Ausbildungsplatz Hilfestellungen anbieten. Es wird sich für die Volkswirtschaft das Problem stellen, schlecht oder gar nicht ausgebildete Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da die betroffenen Personen infolge der stärkeren Belastung des Rentensystems zur privaten Altersvorsorge gezwungen sind, ist auch

aus diesem Grund eine deutliche Erhöhung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters zu erwarten.

Junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte können nicht so spät wie bisher in das Arbeitsleben eintreten. Die Ausbildungszeiten sollen daher deutlich gestrafft werden. Die Deutschen müssen jedoch nicht nur früher in das Berufsleben eintreten, sondern auch mit einer Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit rechnen. In der Arbeitswelt wird eine immer höhere Flexibilität und Dynamik von den Arbeitnehmern erwartet. Dies betrifft sowohl das Arbeitszeitmodell als auch die Bereitschaft das Wissen auf dem neusten Stand zu halten. Das starre Tarifvertragsmodell gibt keine Möglichkeiten auf die Anforderungen vor allem im Mittelstand zu reagieren. Auch ist ein Denken in festen Wochenstunden überholt. Vielmehr haben die Arbeitnehmer eine Zeitsouveränität, denn das Erreichen eines Ziels steht im Vordergrund. Die Halbwertszeit von Wissen nimmt in unserer Gesellschaft rapide ab, daher ist ein stetiges Training im Job wichtiger als das Anfangswissen, das zum Beispiel in einem Studium vermittelt wird. Die Aufgabe einer Universität ist somit auch, die Mechanismen zu vermitteln, wie man sein Wissen auf dem neuesten Stand hält und die Schulung von Arbeitnehmern.

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit beinhaltet mittelfristig das Ende der Frühverrentungspraxis in Form von Vorruhestand und geblockten Altersteilzeitmodellen. Der Bevölkerung muss offen gesagt werden, dass das tatsächliche und gesetzliche Renteneintrittsalter in den nächsten Jahren zwangsläufig steigen wird. Grundlage der Verrentung soll in Zukunft nicht mehr eine feste Altersgrenze, sondern vielmehr die Lebensarbeitszeit unter Einbeziehung von Kindererziehungszeiten sein. Dabei muss es allerdings eine feste Ober- und Untergrenze für das Renteneintrittsalter geben.

Gleichzeitig muss vermittelt werden, dass die Entwicklung zu immer weniger Arbeitszeit und zu immer mehr Freizeit nicht in der heute praktizierten Weise fortgeführt werden kann.

Unser Land wird sich zudem brach liegendes Beschäftigungspotenzial in Form von Niedrig- und Unterqualifizierten auf mittlere Sicht kaum noch leisten können. Der Trend zu anspruchsvolleren Tätigkeiten wird sich weiter verstärken. Qualifizierung kommt damit in Zukunft ein noch höherer Stellenwert zu.

Im Bereich der personennahen Dienstleistungen, wie Pflegediensten, wo der Arbeitskräftemangel sich durch den demographischen Wandel besonders auswirkt, muss ein Niedriglohnsektor etabliert werden, in dem niedrig- und unterqualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt werden.

Außerdem darf es keine "Anreize" geben, in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben. So ist die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld deutlich abzusenken. Reformen am Arbeitsmarkt und im Bereich der Sozialhilfe haben dafür zu sorgen, dass es sich auch in niedrigen Lohngruppen zu arbeiten lohnt. Sozialhilfeempfänger müssen verstärkt zu gemeinnützigen Aufgaben herangezogen werden, bei deutlicher Kürzung der Bezüge im Verweigerungsfall. Es sollten auch die bestehenden gesetzlichen Regelungen strikter angewandt werden. Menschen unter 30 Jahren sollen in der Regel keine Sozialhilfe bekommen. Ausnahmen werden in Härtefällen genehmigt. So können Arbeitsunwillige von wirklich Bedürftigen getrennt werden. Grundsätzlich darf es bei der Sozialhilfe keine staatliche Alimentierung ohne Gegenleistung geben.

Des Weiteren müssen Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt und in die Hand von kommunalen Vermittlungsagenturen gegeben werden. Diese haben Kenntnisse über die regionalen Besonderheiten, Kompetenzen in der Betreuung von erwerbsfähigen Hilfeempfängern sowie Erfahrungen im Umgang mit den vor Ort tätigen Anbietern von Betreuungs- und Beratungsleistungen. Dadurch können sie im Gegensatz zur Bundesanstalt für Arbeit effizient und effektiv arbeiten.

Wenn die Anforderungen an Mobilität, Flexibilität, Bereitschaft zur Weiterbildung und Umschulung zunehmen, sind Probleme unvermeidlich. Bei Arbeitnehmern ist daher mehr Flexibilität geboten. Für die Unternehmen ist aber die Entriegelung des Arbeitsmarktes - insbesondere eine Abschwächung des Kündigungsschutzes und eine Vereinfachung des Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrechtes sowie der Personalvertretungsgesetze - eine Voraussetzung um ein sich wandelndes Arbeitsangebot stärker in Anspruch zu nehmen.

Wie bereits dargestellt, kann die Zahl der Erwerbstätigen zudem durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf sowie eine gezielte Zuwanderungspolitik erhöht werden.

Sozialversicherung

Die Folgen der demographischen Veränderung spiegeln sich am deutlichsten und unmittelbarsten im Sozialversicherungssystem wieder. Weniger Beitragzahler und mehr Leistungsempfänger müssen in den derzeitigen Umlagesystemen bei gleicher Leistung zwangsläufig zu wesentlich höheren Beiträgen führen. Daher ist es unvermeidlich, dass Leistungen gekürzt werden müssen und die Beitragsbelastung dennoch relativ hoch bleiben wird. Wichtig ist jedoch, dass diese Ausgabensteigerungen nicht den Faktor Arbeit zusätzlich belasten. Grundsätzlich muss dazu übergegangen werden, die Arbeitgeberbeiträge festzuschreiben und die

Sozialversicherungsbeiträge vom Faktor der abhängigen Beschäftigung abzukoppeln. Dabei sind alle Einkünfte zu berücksichtigen.

Rente

Eine Reform der Alterssicherungssysteme ist angesichts der Zunahme des Anteils älterer Menschen unumgänglich. Die Beibehaltung des Generationenvertrages in seiner heutigen Form käme dabei dessen Kündigung gleich. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik - ansonsten wird unsere Generation um ihre Chancen für die Zukunft gebracht. Bei den Veränderungen sollen folgende Grundsätze gelten:

- Das System soll alle Bürger einbeziehen.
- Das Risiko der Altersarmut muss auch in Zukunft für alle abgesichert werden.
- Das System soll starke Anreize zur Eigenvorsorge bieten.
- Das System muss solidarisch und leistungsgerecht ausgestaltet sein.

Die Junge Union setzt sich für die schrittweise Ablösung des überholten Umlageverfahrens ein. Stattdessen soll die Eigenverantwortlichkeit der Menschen gestärkt werden. Eine eigenständige Altersversorgung muss Schritt für Schritt die bisherigen Bestandteile der heutigen Rentenversicherung ergänzen. Dabei muss gewährleistet sein, dass den Menschen, die kurz vor dem Eintritt in das Rentenalter stehen, die im Rahmen ihrer Anwartschaft erworbenen und ihnen zustehenden Ansprüche erhalten bleiben.

Auf dieser Grundlage schlägt die Junge Union Deutschlands vor, das System der Altersvorsorge folgendermaßen zu reformieren:

Nach der vollständigen Ablösung des Umlageverfahrens sichert eine steuerfinanzierte und bedarfsgerechte Garantieleistung das Existenzminimum im Alter ab. Neben die Basisabsicherung tritt künftig als wesentlicher Bestandteil der Alterssicherung ein privates, kapital gedecktes Vorsorgeverfahren.

Die Verantwortung des Einzelnen für sein Alterseinkommen wird damit erhöht, die Altersvorsorge wird leistungsbezogener. Der Einzelne hat somit die Möglichkeit, das Niveau seiner Alterssicherung selbst zu bestimmen. Der Renditevorsprung der Kapitaldeckung und eine generelle Senkung der Abgabenlast – auch durch Wegfall der Sozialhilfeleistungen im Alter – versetzt die Bürger in die Lage, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen.

Gesundheit

Durch die steigende Lebenserwartung und die aufgrund des medizinischen Fortschritts immer weiter steigenden Kosten droht der gesetzlichen Krankenversicherung der finanzielle Kollaps. Wenn wir das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Zukunft erhalten und ausbauen wollen, bedarf es einer umfassenden Reform, die weit über die bisher ergriffenen Schritte hinausgeht. Grundsätzlich benötigt das deutsche Gesundheitssystem weniger Regulierung dafür mehr Eigenverantwortung, Wettbewerb, und Transparenz.

Die medizinisch notwendigen Gesundheitsleistungen müssen auch in Zukunft solidarisch abgesichert sein. Die gesetzliche Krankenversicherung soll nur noch eine Grundversorgung abdecken, die von Politik, Ärzteschaft und Krankenkassenverbänden verbindlich festgelegt wird. Darüber hinaus gehende Leistungen, wie private Unfälle, Krankengeld und Zahnbehandlung, müssen mit einer Versicherungspflicht abgedeckt werden.

Die Junge Union Deutschlands begrüßt ausdrücklich die durch die Ergebnisse der Herzog-Kommission angeregte Diskussion über eine tief greifende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung.

Eine solche Reform muss sich zwingend an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Die sich durch die demographische und medizinische Entwicklung abzeichnende Kostensteigerung im Gesundheitssystem muss unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit möglichst gleichmäßig verteilt werden.
- Sie muss den Einstieg in ein kapital gedecktes und damit erheblich demographiefesteres System gewährleisten.
- Die Einzahlungen der Versicherten sind je nach Eintrittsalter unterschiedlich und kalkulieren damit die Höhe der jeweils im Lebensverlauf zu erwartenden – im Alter ansteigenden – Ausgaben ein.
- Die Einzahlungen der Versicherten müssen vom Arbeitslohn abgekoppelt werden. Der Arbeitsgeberanteil wird dabei auf 6 Prozent festgeschrieben und mit dem Lohn steuerneutral ausgezahlt.
- Durch die Einbeziehung aller Einkommensgruppen muss ein gerechter, langfristig berechenbarer sozialer Ausgleich herbeigeführt werden. Es ist zu prüfen, ob dieser Ausgleich im Steuersystem gelingen kann.
- Die Reform muss eine an das Vorhandensein von Kindern oder Pflegebedürftigen gekoppelte Familienmitversicherung beinhalten.

Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und mehr Sparsamkeit bei der Inanspruchnahme von Leistungen werden nur dann erreicht, wenn der Patient als wesentlicher Wettbewerbsteilnehmer selbst an Kosten wie auch an Einsparungen

beteiligt ist. Daher soll ein individueller Selbstbehalt eingeführt werden können, bis zu einer Obergrenze von 2 Prozent des Bruttoeinkommens. Zudem ist auf eine konsequente Einführung von Bonusmodellen im Gesundheitsbereich hinzuwirken. Die pauschale Vergütung über die Kassenärztlichen Vereinigungen soll abgeschafft werden, die Bezahlung der Leistungserbringer erfolgt durch die Patienten und wird anschließend erstattet. Eine sozialverträgliche Obergrenze der Vorfinanzierung ist zu definieren.

Der Risikostrukturausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen ist zu verringern, um den Wettbewerb zu stärken.

Die Junge Union lehnt eine Budgetierung zur Kostensenkung ab. Diese Deckelung der Kosten führt zu Verteilungskämpfen, löst aber nicht die Probleme der demographischen Entwicklung und der steigenden Kosten. Stattdessen muss der Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern gestärkt werden.

Pflege

Die Einführung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung war ein eindeutiger Schritt gegen die Interessen unserer Generation. Die Pflegeversicherung soll eine über die Leistung der Sozialhilfe hinausgehende einkommensunabhängige Grundversorgung zur Abdeckung pflegebedingter Aufwendungen sicherstellen. Ihre Leistungen sind nominal festgeschrieben. Es handelt sich um pauschalierte, nicht kostendeckende Geldleistungen im Bereich der häuslichen Pflege sowie um pauschale Sachleistungen mit begrenztem Kostenrahmen in der ambulanten und stationären Pflege. Auch in Zukunft soll die Versicherung diese Ziele erfüllen. Deshalb kann das Leistungsniveau nur leicht gesenkt und der Kreis der Versicherten kaum zurückgeführt werden.

Die Pflegeversicherung ist mit einem derzeitigen Volumen von rund 17 Milliarden Euro wesentlich kleiner als die Renten- und die Krankenversicherung. Der komplette Umstieg in ein rein kapital gedecktes System scheint hier am ehesten möglich. Da während der Übergangszeit die Versicherten sowohl die Umlage als auch die Kapitalbildung bezahlen müssen, darf der Zeitraum in dem das Kapital gebildet wird nicht zu kurzfristig gewählt werden, damit nicht eine Generation alleine übermäßige Belastungen tragen muss.

Die Versicherung sollte von einer Pflichtversicherung hin zu einer Versicherungspflicht verändert werden, die allein von den dann privatwirtschaftlich organisierten Versicherungen angeboten wird.

Bildung

Belegt ist der Zusammenhang zwischen Ausbildungsstand und Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Auch zwischen Ausbildungsstand und Innovationsfähigkeit kann ein Zusammenhang angenommen werden. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt somit maßgeblich davon ab, wie viel bereits heute in das Bildungswesen investiert wird. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung, dass die Sozialausgaben in den öffentlichen Haushalten im Verhältnis zu den Bildungsausgaben immer weiter steigen, besonders kurzsichtig. Der Gegenwartskonsum steigt, die Zukunftsinvestitionen hingegen sinken.

Um eine optimale Ausbildung zu garantieren, ist ein Bildungssystem notwendig in dem der Mensch von jüngster Kindheit bis ins hohe Alter seinen Leistungen entsprechend ausgebildet und regelmäßig weitergebildet wird.

Schon in den Kindergärten müssen Erziehungs- und Bildungsauftrag stärker wahrgenommen werden. Das ändert nichts daran, dass die primäre Verantwortung für die Erziehung der Kinder bei den Eltern und Familien liegt. Zudem sollen qualifizierte Pädagogen die individuellen Fähigkeiten der Kinder schnell erkennen und dementsprechend fördern. Erste Rechen-, Musik-, Lese-, Sport- und Fremdsprachengrundlagen sollen bereits im Vorschulalter spielerisch vermittelt werden. Außerdem ist eine allgemeine Sprachschulung zur Entdeckung und Behebung von Sprachfehlern notwendig. Gleichzeitig muss eine gezielte Förderung dafür Sorge tragen, dass die Sprachbarrieren von Kindern schon im Kindergartenalter abgebaut werden können.

Durch den fortschreitenden Rückgang der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter werden zukünftig verstärkt beide Elternteile ihre Chancen auf berufliche Aus- und Weiterbildung oder Studiengänge wahrnehmen müssen. Auch aus diesem Grund muss das Betreuungsangebot bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Die dramatischen Leistungsunterschiede der einzelnen Bundesländer zeigen deutlich, dass es einer raschen Umsetzung von vergleichbaren Bildungsstandards für alle Schulsysteme bedarf, die sich kontinuierlichen internen sowie externen Prüfungen unterwerfen müssen. Diese Bildungsstandards münden in den Beschluss, landesweite zentrale Abschlussprüfungen in jeweils allen Schulformen durchzuführen. Die Junge Union fordert die Umsetzung des dreigliedrigen Schulsystems und damit verbunden die Abschaffung der Gesamtschulen. Am föderalen Bildungssystem soll festgehalten werden, da dieses die Basis für einen qualitätssteigernden Wettbewerb im Bildungswesen darstellt, der sich am besten

Schulsystem orientieren sollte. Die Autonomie der Schulen im finanziellen und personellen Bereich muss gestärkt werden.

Damit trotz demographischer Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden können, ist, wie bereits dargestellt, ein früherer Berufseinstieg von besonderer Bedeutung. Das Abitur nach zwölf Jahren und die Einführung von Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester für diejenigen Studierenden, deren Studienzeit drei Semester über der Regelstudienzeit liegt oder die seit zwei Semestern keinen Leistungsnachweis erbracht haben, sind Maßnahmen, die eine zügige Ausbildungszeit gewährleisten können.

Durch eine Möglichkeit zur Einführung von Langzeitstudiengebühren sollen Universitäten nicht nur mehr finanzielle Eigenverantwortung und Flexibilität erhalten, sondern insbesondere Studenten vor der Überschreitung von Regelstudienzeiten bewahren. Die Einführung von Studiengebühren muss mit der Verbesserung des Stipendienwesens einhergehen. Das Geld soll in einen der Universität zur Verfügung stehenden Globalhaushalt überführt werden. Die Rahmenbedingungen zur Gewinnung von Drittmitteln aus der Wirtschaft für Schulen und Hochschulen sind bedeutend zu verbessern.

Wissenschaft und Forschung bilden für unser Land, gerade vor dem Hintergrund der voranschreitenden Globalisierung, die wirkungsvollste Investition in die Zukunft. Deutschland muss den Spitzenplatz in der Grundlagenforschung verteidigen und die anwendungsbezogene Forschung weiter ausbauen. Hier müssen verstärkt Möglichkeiten der privaten Finanzierung von Forschung und Entwicklung erschlossen und konsequent gefördert werden. Auch bei der Verteilung staatlicher Mittel an die Hochschulen müssen Leistungen im Bereich der Forschung stärker berücksichtigt werden.

Modular gestaltete Berufsausbildungsmöglichkeiten - von Hochbegabtenförderungen bis zu kürzeren theorieentlasteten Ausbildungsgängen - werden die Vielfalt und Flexibilität der Auszubildenden auf dem künftigen Arbeitsmarkt erhöhen. Das erfolgreiche duale Berufsbildungssystem soll dabei nicht angetastet werden.

Ein höheres Durchschnittsalter der Menschen bedeutet rein statistisch eine größere Entfernung zur klassischen Schul-, Berufs- oder Hochschulausbildung. Die Arbeitskräfte sind schon aus diesem Grund häufig nicht mehr auf dem Stand der Zeit. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitsprozesse in technologischer Hinsicht in immer kürzeren Zeiträumen verändern und weiterentwickeln. Ständige Weiterbildung ist im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften lebensnotwendig. Daher müssen über die Erstausbildung hinaus weitere Phasen des Lernens im Berufsleben berücksichtigt werden. Bei einer älter werdenden Gesellschaft muss auch das Potenzial der Menschen in der zweiten und dritten Lebensphase erschlossen werden. Die Junge

Union fordert die Einrichtung einer Stiftung Bildungstest nach dem Vorbild der Stiftung Warentest. Die Stiftung hat die Aufgabe, Transparenz in den mitunter sehr unübersichtlich wirkenden Markt von Weiterbildungsangeboten zu bringen und durch eine Zertifizierung für die Arbeitgeber ein Signal für diejenigen Ausbildungsgänge zu setzen, die qualitativen Mindestanforderungen genügen.

Die Bildungsinstitutionen müssen diese Herausforderung annehmen, anstatt ihnen weiterhin im Weg zu stehen. Zentrale Bestandteile einer neuen Bildungspolitik müssen Wettbewerb, Eigenverantwortung und Innovation sein.

Ausblick

Die Situation zeigt: Es gibt keine Alternativen zu deutlichen Systemveränderungen, um den Folgen des demographischen Wandels gerecht zu werden. Angesichts dieser Tatsache verlangt die Junge Union von allen politisch Handelnden Mut zur Wahrheit. Nur wer die Herausforderungen klar benennt und auch unbequeme Notwendigkeiten thematisiert, wird der Verantwortung für das Land und die Gesellschaft gerecht. Die Junge Union Deutschlands ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.